

Europa

Brüssel gegen britische Maut

Wenige Wochen vor dem Referendum über einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union kündigt die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das Land an. Der Grund: London hatte vor zwei Jahren eine Lkw-Maut eingeführt, gleichzeitig die Kfz-Steuer für Lastwagen gesenkt. Das Modell ähnelt der Pkw-Maut, die Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) auf deutschen Straßen durchsetzen will. Die Kommission habe Bedenken, ob das britische Vorhaben „mit

EU-Recht vereinbar ist“, heißt es in einem Schreiben des Kabinettschefs von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker an Dobrindt. Der bisherige Dialog mit London habe die Bedenken nicht ausräumen können. Mit dem Brief kontert die Kommission den Vorwurf Dobrindts, dass die EU-Behörde das deutsche Mautvorhaben blockiere, gegen das ähnliche britische Modell jedoch nichts unternehme. Die Ankündigung kommt zu einem heiklen Zeitpunkt: Eigentlich stehen in Brüssel alle Projekte auf Halt, die eine ungünstige Auswirkung auf die „Brexit“-Debatte in Großbritannien haben könnten. mp

Steuernachzahlungen Zinsen runter

Wer dem Finanzamt Geld schuldet, sollte dafür in Zukunft nicht mehr mit unverhältnismäßig hohen Zinsen belastet werden. Das fordert Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) in einem Brief an seinen Parteifreund Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Derzeit wird bei Steuernachzahlungen ein Zinssatz von sechs Prozent pro Jahr verlangt. Dies sei mittlerweile so weit weg vom Marktniveau, dass es die Bürger „als willkürliche Gängelung des Staates“ empfinden, schreibt Schäfer. Andererseits

gilt dieser Zinssatz auch für Steuererstattungen, was von cleveren Experten als „willkommenes Gestaltungsinstrument“ genutzt werden könne. Schäfer schlägt vor, den Zins für Forderungen und Erstattungen gleichermaßen auf drei Prozent zu senken. Dadurch müsste der Staat aber auf etwa 1,2 Milliarden Euro Einnahmen pro Jahr verzichten. Eine Alternative sei, die Zinsen für Steuererstattungen auf fast null Prozent zu senken. Wenn der Nachzahlungszinssatz drei Prozent darüber liege, könne der Staat pro Jahr rund eine halbe Milliarde Euro mehr einnehmen als bisher. mab

Innere Sicherheit

Massiver Personalausbau

Die dem Bundesinnenministerium (BMI) unterstellten Sicherheitsbehörden wollen ab 2017 mehrere Tausend zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Allen voran das Bundesamt für Verfassungsschutz: Als „Bedarf“ hat Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen im BMI mehr als 1000 weitere Stellen angemeldet. Bei derzeit insgesamt etwa 2700 Mitarbeitern würde die Behörde ihren Personalbestand um gut ein Drittel

aufstocken. Unter anderem sollen die Bereiche Terrorismus- und Spionageabwehr sowie der Schutz vor Cyberangriffen verstärkt werden. Auch die Bundespolizei fordert zusätzliches Personal. In Relation zu den insgesamt mehr als 41 000 Beamten und Tarifbeschäftigten der Mammutbehörde nehmen sich die von Polizeipräsident Dieter Romann geforderten 2500 Stellen jedoch vergleichsweise bescheiden aus. Die Kräfte sollen an Grenzen, Flughäfen, in Zügen und zur Rückführung von Flüchtlingen eingesetzt werden. gud

Menschenrechte

„Richtig und mutig“



T. TRUTSCHEL / PHOTOTHEK

Der frühere RAF-Anwalt und grüne Bundestagsabgeordnete **Hans-Christian Ströbele**, 76, zu dem Urteil über die Haftbedingungen des norwegischen Massenmörders Anders Breivik

SPiegel: Breivik hatte gegen seine Isolation in der Haft geklagt. Das Osloer Stadtgericht entschied, dass diese in Teilen nicht im Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention steht.

Ströbele: Obwohl ich das Urteil und die Haftbedingungen nicht genau kenne, ist klar, dass der Entzug aller menschlichen Kontakte und Kommunikation über längere Zeit gegen die Menschenrechte verstößt. Ich habe keinerlei Sympathien, politisch oder menschlich, und auch kein Mitleid mit dem Verbrecher Breivik, aber die Menschenrechte sind universell. Sie gelten für alle.

SPiegel: Sie selbst haben in den Siebzigerjahren als Anwalt Ulrike Meinhof und Astrid Proll von der Roten Armee Fraktion (RAF) verteidigt, die im Gefängnis Köln-Ossendorf in Isolationshaft saßen.

Ströbele: Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass lange Isolation schwere gesundheitliche Schäden verursacht. Solche sind damals bei Astrid Proll und anderen RAF-Gefangenen von unabhängigen ärztlichen Kapazitäten festgestellt worden.

SPiegel: War das Osloer Urteil ein Sieg des Rechtsstaats?

Ströbele: Es war eindeutig eine richtige und mutige Entscheidung, denn viele Menschen, besonders die Überlebenden und Familien der 77 Opfer der Breivik-Attente, denken sicher: Der soll mal richtig büßen. Aber in einem Rechtsstaat darf die Menschenwürde auch der schlimmsten Verbrecher nicht verletzt werden. Und der Rechtsstaat bewährt sich in Ausnahmesituationen. mbs



Spielhalle

MARK MÜHLHAUS / ATTENZIONE

Glücksspiel

Anbieter wollen Regeln

Teile der Glücksspielbranche möchten sich selbst klare Rahmenbedingungen für ihr Geschäft geben. In der kommenden Woche will eine Initiative, der unter anderen Vertreter von Spielhallenbetreibern, privaten Spielbanken und dem staatlichen Anbieter WestLotto angehören, ein Verbraucherschutzkonzept vorstellen. „Wir sind davon überzeugt, dass Glücksspiel verbindliche Regeln benötigt“, sagt Robert Hess, Ge-

schäftsführer der Spielhallenkette Schmidt-Gruppe und einer der Initiatoren des Gremiums, das sich „Düsseldorfer Kreis“ nennt. Die Politik brauche seriöse Unterstützung. Tatsächlich sind die Ministerpräsidenten unter Zugzwang, seit der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Umsetzung eines Teils ihres Glücksspielstaatsvertrags blockiert hat. Die Bezeichnung „Düsseldorfer Kreis“ ist allerdings unglücklich gewählt: Der Name steht schon für ein Gremium der Konferenz der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern. mif